

Präsidialansprache Generalversammlung 2012

Christoph Mäder, Präsident scienceindustries

15.06.2012

- es gilt das gesprochene Wort -

Keine unnötigen neuen staatlichen Regelungen, die den Wirtschaftsstandort Schweiz zusätzlich belasten.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mein Blick auf den Zustand und die Aussichten der Schweizer Volkswirtschaft und unserer wichtigsten Handelspartner bereitet mir grosse Sorgen.

Der Schweizerische Aussenhandel reflektiert in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres mit einem Minus von 1.4% eine deutliche Abschwächung der Schweizer Exporte. Alleine im April gingen die Aus- und Einfuhren nominal um je 5% gegenüber der Vorjahresperiode zurück. Die Lieferungen in unsere wichtigste Absatzregion, der EU, sank im April 2012 um über 7%. Nicht weniger als 8 der 10 grössten Exportbranchen der Schweiz sind im Minus. Einzig die Uhrenindustrie und die Science Industries entwickeln sich derzeit positiv.

Auch weiter zurückblickend ist die immer länger werdende Bremsspur aufgrund der international ungelösten Verschuldungskrise ersichtlich. Bereits im letzten Quartal 2011 trugen nur noch die Science Industries und die Uhrenindustrie positiv zum BIP-Wachstum der Netto-Warenexporte der Schweiz bei. Während die Unternehmen der Science Industries mit plus 1.6% positiv auffielen, bremsten die übrigen Branchen dieses um 0.4%, was noch ein Netto-BIP-Wachstum der Schweiz von etwas mehr als plus 1.2% im letzten Quartal 2011 ergab.

Diese besorgniserregenden Fakten, da bin ich mir leider fast sicher, werden in der Öffentlichkeit nicht mit der notwendigen Klarheit zur Kenntnis genommen. Ebenso ist der hohe Anteil unserer Industrie am gesellschaftlichen Wohlergehen der Schweizerinnen und Schweizer breiten Kreisen nicht bekannt. Ein Blick auf die gegenwärtige Politik legt, und das ist besonders irritierend, den Schluss nahe, dass, neben der breiten Öffentlichkeit, auch viele unserer politischen Entscheidungsträger die harte Realität entweder nicht erkennen oder verdrängen.

Weil unsere Unternehmen rund 98% Ihrer Umsätze im Ausland erwirtschaften, haben wir eine globale Sicht auf die Realitäten und Herausforderungen dieser Welt. Und weil wir mit einem Anteil von

über 36% aller Schweizer Exporte die grösste Exportindustrie der Schweiz sind, hat unsere Industrie andererseits eine besondere Verantwortung für den Wohlstand in unserem Land.

Meine Damen und Herren, in diesen schwierigen Zeiten sind die Unternehmen, aber auch die Politik aufgefordert Verantwortung zu übernehmen, um damit die Zukunft unserer Wirtschaft, unserer Arbeitsplätze und des Wohlstandes in der Schweiz zu sichern. Das können wir nicht alleine. Es scheint leider in weiten Teilen der Gesellschaft und der Politik vergessen gegangen zu sein, dass wir die weltweit besten Rahmenbedingungen benötigen, damit unsere Industrie weiterhin hier in der Schweiz in den Forschungs- und Produktionsstandort investieren und auch weiterhin substantiell zum Erfolg der Schweiz beitragen kann. Das Bewusstsein dafür, wie zentral gute Rahmenbedingungen für den Erfolg der schweizerischen Wirtschaft sind, und der politische Wille, diesen Rahmenbedingungen unter allen Umständen Sorge zu tragen, haben nach meiner Einschätzung gelitten. Das ist umso erstaunlicher, als wir ja rund um die Schweiz mehr als genug Anschauungsbeispiele dafür hätten, wie man es nicht machen sollte.

Erlauben Sie mir ein paar persönliche Überlegungen dazu:

Erstens: Wir stellen in ganz Europa in breiten Gesellschaftskreisen eine bröckelnde Akzeptanz für Naturwissenschaften und Technik fest. Deutliche Anzeichen dafür sind z.B. die Gentech- und Kernkraftmoratorien, eine weitverbreitete allgemeine Null-Risiko-Haltung oder die latente Schwäche vieler unserer Schüler bei den sogenannten MINT-Fächern, Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Wenn wir als rohstoffarme Schweiz auch zukünftig erfolgreich sein wollen, müssen wir eine gelebte und breite gesellschaftliche Basis für Innovation und Technologie haben. Dazu gehört in erster Linie, dass die Diskussion über neue Technologien, und allgemein über Fortschritt, nicht nur über die echten und vermeintlichen Gefahren und Risiken stattfindet, sondern auch über Nutzen und Chancen dieser neuen Technologien. Hier hätten die politischen Behörden, und mit ihnen die Medien, eine erhöhte Verantwortung, diese Diskussion objektiv und mit Weitsicht zu führen und zu begleiten.

Die Science Industries lebt diese Grundhaltung seit Jahrzehnten vor. In der Schweiz steuern unsere Mitgliedunternehmen 44% an den Gesamtaufwand für Forschung und Entwicklung bei. Fast jeder zweite private Forschungsfranken hierzulande stammt aus unserer Industrie. Im vergangenen Jahr waren dies in der Schweiz deutlich über 7 Milliarden Franken, was einer Steigerung von 63% gegenüber 2003 entspricht. Dies belegt mit aller Deutlichkeit die Bedeutung der hiesigen Forschung für unsere weltweit tätige Industrie.

Ein zweites Element: Wir fordern die Politik dazu auf, die öffentliche Forschung und Bildung ebenfalls zu stärken: Es gilt, die stetige Finanzierung der Hochschulen mit Schwerpunkt im MINT-Bereich im Rahmen der BFI-Botschaft 2013-2016 sicher zu stellen, die Bildung international führender Kompetenzzentren voranzutreiben, eine weitere regionalpolitische Verzettelung der Mittel zu verhindern und die Autonomie der Hochschulen zu stärken.

Ohne die breite Förderung der MINT-Fächern auf allen Stufen in der Ausbildung wird es nicht gehen. Und im eigenen Interesse müssen wir weiterhin qualifizierte ausländische Mitarbeitende ins Land bringen können. Dazu gehört die Beibehaltung der Personenfreizügigkeit mit der EU, ein effizientes Kontingentsystem für Drittstaaten-Angehörige, aber auch eine angemessene gesellschaftliche Integration dieser Menschen und ihrer Familien.

In diesem Zusammenhang steht auch die dritte Überlegung: Wir müssen die staatliche und private Forschung besser vernetzen und klug die geographische Nähe zwischen Unternehmen und Hochschulen zur Bildung von nationalen Forschungs-Clustern in unserem Land nutzen. Ich weiss natürlich, dass eine enge Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Hochschulen von einigen politischen und auch akademischen Akteuren als sehr problematisch angesehen wird. Diese Leute sehen sofort die akademische Freiheit von Lehre und Forschung in akuter Gefahr, wenn Universitäten mit Unternehmen zusammenarbeiten oder wenn gar Unternehmen sich «erdreisten», universitäre Projekte oder Lehrstühle mitzufinanzieren, und erst recht, wenn sich die Hochschulen dann noch dazu hingeben, solche Mittel anzunehmen.

Bei allem Respekt, meine Damen und Herren, solche Ansichten sind nicht nur völlig realitätsfremd, sie sind nachgerade naiv. Ein gelegentlicher Blick auf die Verhältnisse und Realitäten ausserhalb unserer Landesgrenzen kann auch hier helfen: Public Private Partnerships zwischen Universitäten und Privatwirtschaft sind nicht nur wohletablierte, langjährige Praxis an sämtlichen führenden Universitäten der Welt, sie sind auch eine ganz wichtige Quelle von Innovation und neuer technologischer Erkenntnis.

Und noch ein Weiteres: Unternehmen werden grundsätzlich immer versuchen, mit den besten Hochschulen und Universitäten in ihrem jeweiligen Gebiet zusammen zu arbeiten. Und die besten Hochschulen und Universitäten sind ganz einfach diejenigen, deren ausgezeichneter Ruf auch wesentlich darauf basiert, dass ihre Arbeit höchsten wissenschaftlichen Kriterien genügt und dazu gehört ganz selbstverständlich die volle Bewahrung der akademischen Unabhängigkeit.

Ein vierter Punkt: Die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung, in Form von marktfähigen Produkten, müssen die staatlichen Zulassungsstellen schneller zulassen. Staatliche Zulassungsverfahren für neue Produkte sind eine wesentliche Komponente der Wettbewerbsfähigkeit eines Industriestandortes und deren Effizienz ist daher ständig zu erhöhen. Das gilt für Pharmazeutika in gleichem Masse wie für Zulassungen anderer innovativer Produkte. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, weshalb die Schweiz punkto Effizienz der Zulassungsverfahren nicht an der absoluten Weltspitze sein sollte. Schweizer Zulassungen wirken nach wie vor in vielen Teilen der Erde als «Qualitätssiegel», haben daher eine Signalwirkung weit über die Landesgrenzen hinaus und sind gerade auch für die Exportwirtschaft von eminenter Bedeutung. Und im Übrigen stellen sich die Risiken neuer Technologien in aller Regel in der Schweiz genau gleich dar wie im Ausland! Ein spezieller «Swiss Finish» ist also bei der Risikobeurteilung neuer Produkte eher selten angezeigt. Dass die Praxis einiger Zulassungsbehörden häufig in die entgegengesetzte Richtung geht, ist unnötig und ärgerlich!

Gleichsam in die umgekehrte Richtung gehen die Diskussionen bei der Preisfestsetzung von Arzneimitteln: Hier wollen die Behörden scheinbar als einziges Kriterium auf den Auslandspreisvergleich abstellen. Das ist eine unverantwortliche Haltung und volkswirtschaftlich wie auch gesundheitspolitisch kurzsichtig; der therapeutische Quervergleich darf, im Interesse der Patienten und des Gesundheitswesens, nicht einfach ausgeblendet werden. Wir stehen voll hinter den parlamentarischen Bemühungen, diese Fehlentwicklung zu korrigieren.

Wir wissen aus der Praxis auch, dass eine vollständige Trennung von Forschung und Entwicklung von der Produktion nicht möglich ist. Als Teil der Forschungs- und Entwicklungsprozesse sind die Produktionsverfahren laufend zu optimieren. Dazu müssen die Forscher eng mit Produktionsexperten zusammen arbeiten können und es müssen flexible Produktionsanlagen nahe beim Forschungsstandort verfügbar sein. Fehlt diese Verzahnung der Produktionsplattform vor Ort, wird der Forschungs- und Entwicklungsprozess behindert oder zumindest verlangsamt. Forschung und Produktion sind

nicht trennbar! Damit ist klar: wenn die Produktion abwandert, folgt die Forschung und umgekehrt! Eine reine Forschungsinsel Schweiz, wie sie gewissen Leuten zum Teil vorzuschweben scheint, gibt es langfristig nicht. Wir müssen gerade auch im Interesse einer hochkarätigen Forschung und Entwicklung, dem Produktionsstandort Schweiz Sorge tragen!

Meine Damen und Herren, der ökonomische Auslagerungsdruck auf Forschung und Produktion ist seit Jahren anhaltend. Das hat ganz wesentlich mit den hohen Kosten in der Schweiz zu tun. Dass nur 2% der weltweiten Umsätze unserer Industrie hier in der Schweiz erzielt werden, ist eine Erschwerung, die zusätzlichen Druck erzeugt für die Unternehmen, da die Nähe von Forschung und Entwicklung zu den Absatzmärkten ein nicht unwichtiges Kriterium ist. Verstärkt wird der Druck, Forschungs- und Produktionsinvestitionen vermehrt im Ausland zu tätigen auch durch die grossen Anstrengungen verschiedenster Regierungen, hochwertige Aktivitäten und Arbeitsplätze, und damit einhergehend die Schaffung von Know-how und geistigen Eigentums, in ihre jeweiligen Länder zu locken. Dafür werden verschiedenste Anreize geboten, in gewissen Fällen bleibt es aber nicht beim Lockruf, sondern es wird teils massiver Druck auf die Unternehmen ausgeübt, bis hin zur mehr oder weniger offenen Androhung von Einschränkung der «License to Operate».

Dieser Auslagerungsdruck ist seit Beginn der Finanzkrise nicht kleiner geworden. Die anhaltende Frankenstärke, der weltweite Druck auf die Arzneimittelpreise und die drohende Zunahme der Produktionskosten durch höhere Energie- und Umweltkosten belasten unsere Industrie zunehmend. Wenn es uns ernst ist mit der Förderung eines integrierten Forschungs- und Produktionsstandortes Schweiz, dann dürfen v.a. auch die Produktionskosten in unserem Land nicht ohne Not künstlich verteuert werden, sondern müssen im Gegenteil, relativ zur ausländischen Konkurrenz gesenkt werden! Die Energieversorgung, insbesondere auch mit elektrischem Strom, muss in ausreichender Menge und zu wettbewerbsfähigen Preisen gesichert sein. Auf die Erhöhungen bei der KEV, der Kostendeckenden Einspeisevergütung, sowie bei den Wasserzinsen ist zu verzichten und die bundesrätliche Energiestrategie 2050 ist kritisch hinsichtlich Machbarkeit und Kostenfolge zu hinterfragen.

Die bis jetzt bekannten Vorgaben der Energiestrategie 2050 bereiten unserer Industrie grosse Sorgen, muss doch künftig mit Verknappungen bei der Stromversorgung und drastisch höheren Strompreisen gerechnet werden. Jeder Anstieg des Strompreises um 1 Rappen erhöht die Produktionskosten in der Schweiz alleine in unserer Industrie um CHF 30 Mio. pro Jahr, was in der Wirkung einer Erhöhung der Lohnsumme um 0.5% entspricht. Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 führt somit voraussichtlich zu einer massiven Schwächung des Produktionsstandortes Schweiz. Man kann nicht den Ausstieg aus einer Schlüsseltechnologie proklamieren, ohne sich über dessen volkswirtschaftlichen Folgen im Klaren zu sein! Wer das negiert, handelt unverantwortlich, ganz egal, wie man sich zur Frage der Kernenergie stellt! Die Wirtschaft benötigt JETZT sichere Planungsgrundlagen, um die Stromerzeugung und die Stromnetze der nächsten Jahrzehnte bereitstellen zu können.

Bei der Umweltpolitik täte die Schweiz ebenfalls gut daran, nicht einen helvetischen Alleingang anzustreben. Das neue CO₂-Gesetz, welche eine Auslandkompensation beim CO₂ verbietet, ist leider nur ein Beispiel, wie sich die Schweiz als Wirtschaftsstandort ohne wirklichen Grund selbst schädigt und damit im weltweiten Kampf der Standorte Wettbewerbsnachteile einhandelt. Dies ist aus meiner Beurteilung gerade zu töricht. Und der Umwelt wird durch die Nichtzulassung der Auslandskompensation ebenfalls keinerlei Dienst erwiesen!

Gestatten Sie mir Frau Staatssekretärin auch einige Worte zum weltweiten Marktzugang zu verlieren, denn wir schätzen die bisher von Ihnen und dem SECO geleistete Arbeit ausserordentlich. Als

führende Exportindustrie unterstützen wir Sie bei der Aushandlung weiterer Freihandelsabkommen wo wir nur können, denn den Märkten wie Indien, China, Brasilien gehört in vielen Bereichen die Zukunft. Aus den Marktchancen in diesen aufstrebenden Märkten sollen die Schweiz und unsere Industrie möglichst grossen Nutzen ziehen.

Dazu braucht es einen möglichst vollständigen und sofortigen Zollabbau und v.a. auch einen verbesserten, substantiellen Schutz des Geistigen Eigentums. Ohne offene Aussprache über die Probleme in der Landwirtschaftspolitik, welche oft ein Hemmschuh bei der Suche nach zwischenstaatlichen Lösungen darstellt, wird es ebenfalls kaum gehen. Dass in diesem Zusammenhang das Parlament den Verhandlungen zu einem Agrarfreihandelsabkommen mit der EU eine Absage erteilt hat, kann unsere Industrie jedenfalls nicht nachvollziehen und es ist ein schlechtes Zeichen für die Zukunft. Es ist auch zu hoffen, dass die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an diesem Wochenende die Staatsvertrags-Initiative deutlich ablehnen werden, um hier nicht noch einen weiteren Stolperstein einzubauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle haben ein vitales Interesse an einem gesunden, international wettbewerbsfähigen und zukunftsorientierten Forschungs- und Produktionsstandort Schweiz. Er ist die Grundlage unseres Wohlstandes und damit auch die unerlässliche Grundlage eines modernen Staates, der seine gesellschaftlichen Aufgaben angemessen erfüllen kann. Der Erhaltung und weiteren Stärkung dieses Standortes hat daher unsere volle Aufmerksamkeit zu gelten. Ich rufe Sie als Vertreter von Unternehmen und Politik auf, gemeinsam an den weltweit besten staatlichen Rahmenbedingungen zu arbeiten, damit wir auch in Zukunft weiterhin einen erfolgreichen, integrierten Forschungs-, Innovations- und Produktionsplatz Schweiz haben. Das muss gerade in Zeiten vielfach erhöhten Druckes auf unser Land eines der vordringlichsten Themen der schweizerischen Politik sein. Die Science Industries sind ihrerseits bereit, die dafür notwendigen Diskussionen zu führen und ihren entsprechenden Beitrag zum Wohlstand in der Schweiz zu leisten.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.